ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Thränert, Oliver

Research Report

Verliert die Verbreitung von Kernwaffen ihren Schrecken? Die neuesten Entwicklungen in Iran, Libyen, Nordkorea und Pakistan

SWP-Aktuell, No. 3/2004

Provided in Cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Thränert, Oliver (2004) : Verliert die Verbreitung von Kernwaffen ihren Schrecken? Die neuesten Entwicklungen in Iran, Libyen, Nordkorea und Pakistan, SWP-Aktuell, No. 3/2004, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/254469

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Aktuell

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Verliert die Verbreitung von Kernwaffen ihren Schrecken?

Die neuesten Entwicklungen in Iran, Libyen, Nordkorea und Pakistan

Oliver Thränert

Während der vergangenen Wochen erreichten die internationale Öffentlichkeit fast täglich neue Nachrichten über die seit langem Sorge bereitenden Atomprogramme in Iran, Libyen, Nordkorea und Pakistan. Das Bild, das dabei gezeichnet wurde, war jedoch widersprüchlich. Während sich Iran zu schärferen Kontrollen durch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) bereit erklärte und Libyen sein Atomprogramm einstellte, zeigte sich nun selbst Nordkorea offenbar kompromißbereit. Andererseits sorgten Meldungen über die pakistanische Unterstützung für die Nuklearwaffenprogramme der drei zuvor genannten Ländern für Aufsehen und ließen die Frage aufkommen, ob Islamabad auch anderen Staaten oder sogar Terroristen bei Nuklearprojekten geholfen hatte. Wie also sind die neuesten Entwicklungen einzuschätzen? Läßt sich aus ihnen schließen, daß Nichtverbreitungspolitik dann Erfolg hat, wenn sie auf einer spezifischen Mischung aus Druck und Anreizen basiert?

So unterschiedlich die Länder Iran, Libyen, Nordkorea und Pakistan auch sein mögen, eines ist ihnen gemeinsam: sie spielen eine zentrale Rolle bei der Frage nach der Zukunft der Weiterverbreitung von Atomwaffen. Iran ist das Beispiel eines Landes, das ein ehrgeiziges Atomprogramm zu angeblich ausschließlich friedlichen Zwecken verfolgt. Hier stellt sich die Frage, ob es gelingen wird, Teheran davon zu überzeugen, daß es seine Pläne auf den Betrieb von Leichtwasserreaktoren einschränkt. In diesem Fall wäre die Gefahr des militärischen Mißbrauchs iranischer Nuklearanlagen wesentlich geringer. Libyen hat aufgrund äußeren Drucks und wirtschaftlicher Anreize die Bereitschaft signalisiert, sein offen eingestandenes Atomwaffenprogramm unter internationaler Kontrolle zu beenden. Nordkorea ist bislang der einzige Staat, der den Atomwaffensperrvertrag unter Berufung auf dessen Ausstiegsklausel verlassen will und möglicherweise bereits über Nuklearwaffen verfügt. Pakistan schließlich ist die Heimat von Atomwissenschaftlern, die offenbar allen drei zuvor genannten Ländern entscheidend dabei geholfen haben, Zugang zur Technologie der Anreicherung von Uran zu bekommen. Schlimmer noch:

allem Anschein nach wurden sogar Informationen über nukleare Sprengkopfdesigns weitergegeben.

Iran

Iran hat sich bereit erklärt, das Zusatzprotokoll zu den IAEO-Sicherungsabkommen umzusetzen. Dies stellt insofern einen wesentlichen Fortschritt dar, als dieses Protokoll zu umfassender Information über das gesamte iranische Nuklearprogramm verpflichtet und den IAEO-Inspektoren die Möglichkeit gibt, auch an nicht gemeldeten Einrichtungen etwa durch Umweltproben nicht deklarierte nukleare Materialien zu entdecken.

Angesichts einer ganzen Reihe von Ungereimtheiten bis hin zu Falschdarstellungen des Nuklearprogramms durch die iranische Seite ist diese neue Bereitschaft zu mehr Transparenz überaus begrüßenswert. Erst in der praktischen Durchführung der Inspektionen, deren Organisation noch am Anfang steht, wird die iranische Bereitschaft, nicht gemeldete Einrichtungen inspizieren zu lassen, auf die Probe gestellt. Der politische Druck, der zum iranischen Einlenken geführt hat – Teheran wollte unbedingt eine Befassung des UN-Sicherheitsrates und etwaige Sanktionen vermeiden – sollte also aufrechterhalten werden.

Ein entscheidender Schritt zu einer nachhaltigen Abkehr Irans von einer Bombenoption wäre die Aufgabe der Urananreicherung. Mit den vorhandenen Anlagen kann nicht nur Uran für die Produktion von Brennstäben hergestellt werden, die in Kernkraftwerken einsetzbar sind, sondern auch hochangereichertes Uran für den Bombenbau. Vorerst will Iran das entsprechende Projekt freiwillig suspendieren.

Die gemeinsame Erklärung Frankreichs, Großbritanniens, Deutschlands und Irans vom Oktober 2003 verspricht Iran Zugang zu moderner Technologie, falls alle Besorgnisse hinsichtlich des Nuklearprogramms ausgeräumt sind. Gemeint ist die vollständige Aufgabe der Urananreicherung. Europa versucht hier also mit einer Strategie ökonomischer Anreize, Iran zur Aufgabe proliferationsrelevanter Technologien zu bewegen. Diese Strategie wird sicher ihre Wirkung auf jene Kräfte in Iran nicht verfehlen, denen es um gute Kontakte zu Europa und um die Modernisierung des Landes geht. Diese Reformer müßten sich jedoch gegen Gruppierungen durchsetzen, die Kernwaffen als notwendig für die iranische Sicherheit ansehen.

Libyen

Am 20. Dezember 2003 gaben US-Präsident George W. Bush und der britische Premierminister Tony Blair bekannt, daß Libyen sich bereit erklärt habe, auf nukleare, biologische und chemische Waffen zu verzichten und seine Raketen auf eine Reichweite von 300 km zu beschränken. Bei einem Besuch waren zuvor Waffenexperten in zehn libyschen Einrichtungen Komponenten eines offenbar angestrebten nuklearen Brennstoffkreislaufes sowie chemische Kampfstoffe, biologische Einrichtungen und Standorte für die Entwicklung von Raketen gezeigt worden.

Besondere Besorgnis erregten die neuen Erkenntnisse über das libysche Nuklearwaffenprogramm. Der Wüstenstaat verfügte bereits über einige Dutzend Zentrifugen, die teilweise schon zu einer ersten Serie von Kaskaden zusammengefügt worden waren. Darüber hinaus strebte Tripolis den Bau fortgeschrittener, sogenannter G-2-Zentrifugen an, mit denen offenbar eine Menge hochangereicherten Urans produziert werden sollte, die zur Herstellung eines atomaren Sprengsatzes pro Jahr ausgereicht hätte.

Libyen ist nun ebenfalls gewillt, das IAEO-Zusatzprotokoll umzusetzen. Bislang hatte die IAEO lediglich einen gemeldeten Forschungsreaktor sowjetischen Ursprungs aufsuchen können, so daß ihr die Anreicherungsprojekte in nicht gemeldeten Anlagen entgangen waren. Ein großer Teil der Ausrüstungsgegenstände und Dokumente des Nuklearwaffenprogramms ist inzwischen

von amerikanischen Experten in die USA verbracht worden.

Interessant ist die Frage nach den Motiven für den libyschen Verzicht. Ausschlaggebend waren wohl weniger die militärischen Erfolge der USA im Irak-Krieg als der Wunsch nach Aufhebung der amerikanischen Sanktionen. Sie war Tripolis für den Fall der Aufgabe seiner ABC-Waffenprogramme in Aussicht gestellt worden. In Washington hatten sich Condoleezza Rice und Colin Powell gegen Neo-Konservative wie John Bolton durchgesetzt, die eine solche Anreizstrategie gegenüber einem »Schurken« wie Revolutionsführer Ghadafi ablehnten.

Nordkorea

Anders als in Iran und Libyen war das viel weiter fortgeschrittene Nuklearprogramm Nordkoreas zunächst nicht auf die Herstellung hochangereicherten Urans ausgerichtet, sondern auf die Gewinnung von Plutonium aus Kernreaktoren. Bereits vor der ersten Nuklearkrise um Nordkorea 1993/94 soll das Land US-Geheimdiensten zufolge Plutonium abgezweigt haben, ausreichend für ein bis zwei Kernsprengsätze.

Gegenüber einer amerikanischen Delegation soll Pjöngjang im Oktober 2002 zugegeben haben, ein bislang geheim gehaltenes Urananreicherungsprogramm zu verfolgen. Ungeachtet dessen hat Nordkorea trotz amerikanischen Insistierens immer wieder bestritten, tatsächlich die Urananreicherung anzustreben. Die Bush-Administration nahm diesen Widerspruch schließlich zum Anlaß, das Übereinkommen zu Beendigung des nordkoreanischen Nuklearwaffenprogramms von 1994 zu kündigen. Zweck des Übereinkommens war es aus amerikanischer Sicht, Pjöngjang mittels ökonomischer Anreize – der Lieferung von Heizöl und Leichtwasserreaktoren – sein Atomwaffenprogramm abzukaufen. Dieses Vorhaben ist nun als gescheitert anzusehen. Nordkorea eskalierte die Krise sogar, indem es unter anderem seinen Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag erklärte und die Aufarbeitung von 8000 Brennstäben ankündigte, aus denen Plutonium für mehrere Kernsprengsätze entnommen werden könnte. Einer nichtoffiziellen US-Delegation führten die Nordkoreaner im Januar 2004 ein leeres Kühlbecken vor, in dem sich die 8000 Brennstäbe befunden haben sollen, sowie angeblich kurz zuvor separiertes Plutonium. Pjöngjang bot damals an, sein gesamtes Atomprogramm einzufrieren, falls die USA ihre Hilfslieferungen wiederaufnehmen und Nordkorea von der Liste der Terrorismus-Unterstützer streichen würden.

Ob Nordkorea durch eine ähnliche Anreizstrategie wie im Falle Libyens zur Aufgabe seines Nuklearprogramms veranlaßt werden kann, erscheint eher zweifelhaft. Vieles deutet darauf hin, daß Nordkorea sein Nuklearwaffenprogramm als Existenzgarantie ansieht. Daher müßte ihm ein Äquivalent angeboten werden, etwa eine von den USA ausgesprochene Sicherheitszusage. Die Mittel einer Drohpolitik bleiben begrenzt, da Nordkorea nicht viel zu verlieren hat: wirtschaftlich steht es ohnehin am Abgrund und könnte die dicht besiedelte Region um die südkoreanische Hauptstadt Seoul jederzeit mit seiner Artillerie unter Beschuß nehmen.

Pakistan

Die bei Inspektionen in Iran und Libyen unlängst gewonnenen Erkenntnisse über deren Urananreicherungsanlagen stützten den bei westlichen Geheimdiensten schon seit Jahren gehegten Verdacht, daß die jeweils verwendeten Gasultrazentrifugen aus Pakistan stammen könnten. Die Designs ähnelten jenen, die der »Vater der pakistanischen Atombombe«, Abdul Qadeer Khan, in den siebziger Jahren aus einer Anreicherungsanlage in den Niederlanden entwendet hatte. Inzwischen hat Khan denn auch zugegeben, in den vergangenen fünfzehn Jahren nicht nur Iran und Libyen, sondern auch Nordkorea mit Informationen und Anlageteilen für die Anreicherung von Uran versorgt zu haben. Als eines

seiner Motive nannte Khan den Wunsch, anderen Ländern beim Bau weiterer islamischer Bomben zu helfen.

Khan steht vorerst unter Hausarrest. Noch ist nicht bekannt, ob und, falls ja, welche weiteren Länder Unterstützung aus Pakistan bekamen. Einige Beobachter halten es sogar für möglich, daß sich Terroristen über pakistanische Kanäle Zugang zur Urananreicherungstechnologie verschafft haben. Dies wäre sicher die besorgniserregendste Entwicklung. Offenbar haben pakistanische Wissenschaftler nicht nur die zugleich militärisch wie zivil verwendbare Anreicherungstechnologie weitergegeben, sondern auch Designs für nukleare Sprengköpfe.

In der Aufklärung dieser Transfers liegt die große Chance, einen nuklearen Schwarzmarkt zu zerstören, der wohl viel größer ist als bislang angenommen. Dies wird aber nur dann gelingen, wenn insbesondere die USA auf Pakistan, den Partner im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, entsprechend Druck ausüben.

Schluß

Die in Europa populäre Strategie, Staaten, die in den Besitz von Atomwaffen gelangen wollen, mittels politischen Drucks und wirtschaftlicher Anreize von ihrem Vorhaben abzubringen, trägt im Falle Libyens Früchte. Das Land hat erkannt, daß Atomwaffen ihm keinen strategischen Nutzen bringen. Tripolis sieht es als wichtiger an, in die internationalen Wirtschaftskooperation zurückzukehren, und zahlt den Preis für die Aufhebung von Sanktionen.

Im Falle Irans ist mit Druck und Anreizen ein Zwischenerfolg erzielt worden. Teheran ist zu mehr Transparenz bereit. Nun muß konkretisiert werden, welche wirtschaftliche Unterstützung Teheran bekommen soll. Anders als für Libyen ist die zivile Nutzung der Kernenergie für den Iran – auch und gerade für Reformer – von großer Bedeutung. Der gesicherte Zugang zu nuklearem Brennstoff müßte daher seitens der Europäer angeboten werden.

Am wenigsten wahrscheinlich ist, daß es in absehbarer Zeit gelingen wird, die Krise um Nordkorea zu lösen. Mit der Kündigung des Rahmenabkommens von 1994 ist vorerst die wirtschaftliche Anreizstrategie gescheitert. Derzeit könnte wohl nur eine von den USA gegebene Sicherheitsgarantie Nordkorea zu einer Aufgabe seines Atomwaffenprogramms bewegen. Nordkorea verlangt, eine solche Garantieerklärung müsse vom amerikanischen Kongreß ratifiziert werden. Dies erscheint jedoch nahezu ausgeschlossen. Wie immer der US-Kongreß künftig zusammengesetzt sein mag, er wird einem Nichtangriffspakt mit dem »Schurken« Nordkorea nicht zustimmen. Pjöngjang wird sein Spiel der nuklearen Ambiguität daher bis auf weiteres fortsetzen.

Pakistan hat sich in gewisser Weise als Wurzel allen Übels herausgestellt, da es die drei zuvor genannten Länder und möglicherweise weitere Staaten bei Nuklearprogrammen unterstützt hat. Den pakistanischen Regierungsstellen ist deutlich vor Augen zu führen, daß künftige Atomgeschäfte – seien sie nun staatlich geduldet oder nicht – keinesfalls mehr toleriert werden. Neuerliches Fehlverhalten müßte auch ökonomisch sanktioniert werden. Hier liegt eine große Chance, Nichtverbreitungspolititik künftig effektiver zu gestalten.

Es fällt schwer, allgemeine Schlußfolgerungen aus den diskutierten Fällen zu ziehen. Nur soviel scheint klar: Eine Doppelstrategie aus wirtschaftlichen Anreizen und politischem Druck kann selbst hartnäckige Proliferatoren zur Aufgabe entsprechender Waffenprogramme veranlassen, wenn Kernwaffen von der Führung des betreffenden Landes nicht als unverzichtbar für die nationale Sicherheit angesehen werden. Libyen ist das Positivbeispiel; Iran könnte noch eines werden. Nordkorea hingegen wird durch Druck und Anreize vorerst nicht bewegt werden können, seine Nuklearwaffenoption aufzugeben.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364